Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20613. — **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 158. | Dresden, Mittwoch den 11. Juli 1917. | 28. Jahrg.

Erstürmung französischer und englischer Verteidigungsanlagen. — Große englische Verluste. 1250 Engländer gefangen. — Im Osten Ruhe.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Dünenabschnitt des Marinekorps stürmten gestern Teile der kampferprobten Marine-Infanterie nach planmäßiger wirkungsvoller Feuervorbereitung die von den Franzosen stark ausgebauten, jetzt meist von Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Lombartzyde.

Der Feind wurde über die Yser zurückgeworfen.

Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingebracht worden. Die englischen Verluste in dem starkverschossenen Gelände zwischen Meer und Fluß sind sehr hoch. Die Beute steht noch nicht fest.

Wieder trugen unsere Flieger in tatkräftigster Weise trotz ungünstigen Sturmes zu dem vollen Erfolge des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regnerischen Wetters die Gefechtstätigkeit in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmen von sächsischen, rheinischen und Garde-Truppen bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Maas und Mosel zeitigten gute Ergebnisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Die Bewegungen südlich des Dnjestr sind bisher wie geplant vollzogen worden.

Mazedonische Front.

Bulgarische Streifabteilungen riehen östlich des Doiran-Sees einen englischen Posten auf. In der Struma-Ebene schoß die englische Artillerie mehrere Ortschaften in Brand.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vor einer Regierungserklärung.

Die Krise im Reiche und in Preußen ist noch nicht gelöst, ja im Augenblick scheint die Verwirrung schlimmer als zuvor. Die heutigen Sitzungen des Hauptausschusses und des Verfassungsausschusses dauerten nur wenige Minuten. Der Reichskanzler erklärte, über das Ergebnis des Kronrats noch keinerlei Mitteilung machen zu können, vertagten die Ausschüsse auf morgen. Unrichtig ist die Darstellung, daß Herr v. Bethmann selbst diesen Aufschub der Beratungen vorgeschlagen hätte. Der Antrag ging vielmehr vom Genossen Ebert aus und war damit begründet, daß angesichts des Ernstes und des Umfanges der gegenwärtigen Krise eine Klärung, mit der man verhandeln könne, als nicht vorhanden angesehen werden müsse. Es ist alter Brauch in den parlamentarisch regierten Staaten, während einer Ministerkrise das Parlament zu vertagen, weil es nicht fruchtbringend wäre, das Parlament zu vertagen, weil es nicht weiß, gegen wen es seine Kritik richten kann, wenn es nicht weiß, gegen wen es seine Kritik richten und an wen es seine Anregungen richten soll. Die Reichstagsausschüsse haben also mit ihrer Vertagung ein Stück Parlamentarismus vorweggenommen und haben Recht daran getan, nicht ins Blaue hinein zu reden, sondern erst die Klärung der jetzt ganz undurchsichtigen Lage abzuwarten.

Inzwischen ist noch immer nicht bekannt, welche Entscheidung der Kaiser gefällt hat. Die Namen der Minister und Staatssekretäre, die abgehen und die kommen sollen, wechseln in der Presse sehr stark, und das meiste an den Mitteilungen sind Vermutungen und Vorschläge, die eben von Leuten ausgehen, der sie der Oeffentlichkeit als vollzogene Entscheidung mitteilt. Der Schritt, den jetzt das Deutsche Reich tun soll, ist von großer Tragweite. Es ist daher begreiflich, daß Wilhelm II. zunächst mit seinem bisherigen Hauptratgeber gründlich berät und auch Abgeordnete wie Dr. Spahn und Herrn v. Payer um ihre Meinung fragt. Bis er sich eine feste Ueberzeugung von dem Notwendigen gebildet hat, muß man eben warten; lange kann die Tat nicht mehr ausbleiben.

Die Regierung zu berufen, ist in allen Ländern, auch in streng parlamentarisch regierten, Sache der obersten Staatsleitung, des Königs oder Präsidenten. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, eine Ministerliste auszuarbeiten oder bestimmte Personen zur Berufung in bestimmte Staatsämter anzubieten. Wohl aber hätte der Reichstag die Aufgabe, durch Aufstellung eines festen Programms für die Bildung der Regierung die Wege zu weisen, für klar ausgesprochene Maßnahmen eine feste Mehrheit zu bilden. Diese Aufgabe ist leider bisher auch noch nicht gelöst worden. Die Bemühungen, ein gemeinsames Bewegungsgesetz für Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten zu finden, sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Nationalliberalen haben es gegen drei Stimmen abgelehnt, die Friedensentschließung mitanzusprechen, d. h. sich auf die Grundlage der Verständigung ohne Landraub und Geldbuße zu stellen. Ob sie bereit sind, für die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in allen Bundesstaaten zu stimmen, ist nicht klar. Einverstanden hingegen sind sie mit der Parlamentarisierung der Regierung, wobei sie besonders starkes Gewicht auf einen Wechsel im Kanzleramt legen. Zentrum, Fortschrittler und Sozialdemokraten wären hingegen bereit, die Parlamentarisierung auch mit Bethmann gemeinsam zu beginnen, wenn er den Alldeutschen unzweideutig ebenso und mit voller Kraft und Entschiedenheit für die sofortige Friedensentschließung eintreten will. Die Friedensentschließung will das Zentrum nur unterzeichnen, wenn die Nationalliberalen mit ihm im gleichen Maße stimmen [illegible] Gleichberechtigung der Einzelstaaten möglichst [illegible] Die Sozialdemokraten [illegible] Die Mehrheitsparteien haben bisher die politischen Forderungen nicht [illegible] Sie haben daher die politische Gleichberechtigung [illegible] nach denen eine [illegible] Gleichberechtigung [illegible] in [illegible] Zeit praktisch zu arbeiten gedenkt. Hier ist die Klippe, von welcher der raschen Fahrt des Staatsschiffs zum Freiheitsziel die größte Gefahr droht.

Worauf kommt es denn bei der jetzigen Krise an? Darauf, daß Herr Bethmann durch Herrn X — man hat noch keinen rechten Reichskanzler-Ersatz — ersetzt wird? Daß an Stelle von Helfferich, Zimmermann, Beseler, Schorlemer, Trott zu Solz usw. ein paar andere Namen treten? Daran hätte das arbeitende Volk und seine politische Vertretung außerordentlich wenig Interesse. Mit vollem Recht und klarer als früher hat gestern der Vorwärts betont: „Den Nutzen, den das Volk von einer festen Reichstagsmehrheit erwartet, könnte sie nur dann stiften, wenn sie frei von persönlichen Rücksichten und Ambitionen auf ein rein sachliches Ziel hinsteuerte.“ Es ist deshalb auch unzutreffend, wenn die Kanzlerstürzerpresse, insbesondere der Berliner Lokal-Anzeiger, berichtet, Genosse Dr. David hätte sich im Ausschuß scharf gegen Bethmann ausgesprochen. Die Schärfe richtete sich nicht gegen eine Person, sondern gegen die Methode der Halbheiten und Unklarheiten, die es mit niemand, auch nicht mit den paar alldeutschen Eroberungspolitikern, verschütten möchte, und die gerade deshalb auf die Dauer Unzufriedenheit bei allen und Unsicherheit im ganzen Volke erwecken muß. Nicht auf die Person kommt es also an, nicht die Ministerschaft dieses oder jenes Politikers ist für uns das Wesentliche. Viel wichtiger ist schon die Einführung des parlamentarischen Systems. Der Grundsatz, daß das deutsche Volk nicht mehr von oben her regiert werden kann, sondern selbst die Entscheidung über sein Schicksal fällen muß, mag diese nun klug oder töricht ausfallen, muß endlich in den Tatsachen Anerkennung finden. Ein mündiger Mensch läßt sich nicht bevormunden; die Entscheidungen, die er selbst für sich trifft, sind oft recht verfehlt und stürzen ihn ins Unglück. Trotzdem wird niemand darauf verzichten, selber seines Glückes Schmied zu sein. Auch ein erwachsenes, reifes Volk muß die Selbstregierung unbedingt haben.

Was jetzt das deutsche Volk braucht, ist die Herstellung gleichen Rechts im ganzen Reich, ein ehrliches, tatkräftiges Fortschreiten zur politischen Freiheit. Was ihm weiter Not tut, ist eine unzweideutige Ablehnung aller Eroberungspläne, ein ganz klares Bekenntnis des Volkswillens, der sich zum maßgebenden, politischen Faktor erhebt, für den Verständigungsfrieden und die dauernde Friedenssicherung. Ist dies geschehen, dann können die Feinde ohne Demütigung die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten eröffnen. Lehnen sie es auch dann noch ab — und dafür spricht leider eine Wahrscheinlichkeit von 75 Prozent — dann wird eben aus dieser Klarheit das deutsche Volk die Kraft schöpfen, auch das vierte Kriegsjahr siegreich zu bestehen. Dann wird mit einem Schlag viel Mißmut und Zweifel schwinden, viel politische Torheit verschwinden, die glaubt, daß wir einen ehrlichen Frieden haben könnten, oder daß dieser Krieg nur eine Sache der Reichen und Mächtigen, nicht ein Schicksalskampf des ganzen deutschen Volkes sei.

•

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.) Der Reichskanzler empfing im Laufe des Nachmittags verschiedene Parteiführer.

Wie das W. T. B. hört, nahmen an dieser Konferenz die Abgeordneten Drachn (Zentrum), Schiffer (Nationalliberale), Payer (Fortschrittliche Volkspartei) und Ebert (Sozialdemokrat) teil.

Das W. T. B. meldet ferner: Wie verlautet, wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden. Darin wird erklärt werden, daß die Regierung geneigt sei, eine Parlamentarisierung unseres Verfassungslebens anzunehmen und in Preußen ein gleiches Wahlrecht einzuführen.

•

Beratung zwischen Kaiser und Kronprinz.

(W. T. B.) Berlin, 10. Juli. Im Anschluß an den gestrigen Kronrat hat Se. M. heute in mehrstündiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichskanzler erörtert. Auf Befehl des Kaisers trifft morgen der Kronprinz zur Besprechung der von Sr. M. in Aussicht genommenen Entscheidung hier ein.

Der Reichstag

wird, wie der Lokalanzeiger mitteilt, nach einem von dem Aeltestenrat gefaßten Beschluß heute nachmittag 3 Uhr die vorgestern festgesetzte Plenarsitzung abhalten. Als erster Gegenstand steht auf ihr der mündliche Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über Fragen der äußeren und inneren Politik (Berichterstatter Abgeordneter Prinz zu Schönaich-Carolath). Mit Rücksicht auf die noch ungeklärte parlamentarische und Regierungslage war der Wunsch auf weitere Vertagung der Plenarsitzung aufgetaucht, hatte aber den Widerspruch der Deutschkonservativen gefunden. Von der Tagesordnung ist die ursprünglich dafür in Aussicht genommene Weiterberatung des Gesetzentwurfes über die neuen Kriegskredite allerdings abgesetzt worden, ebenso wird die Erörterung der sonstigen hochpolitischen Gegenstände verschoben werden. Zur Erörterung sollen nur gelangen das Schiffahrtsgesetz, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen wären, und Petitionen.

Die nationalliberale Partei hielt gestern eine mehrstündige Fraktionssitzung ab, um sich über die Formel schlüssig zu machen, unter der sie sich den anderen drei Gruppen in der Friedens- und in der Parlamentierungsfrage anzuschließen in der Lage wäre. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde strengstes Stillschweigen bewahrt. Eine endgültige Entscheidung soll noch nicht erzielt worden sein.

An die Beratung der nationalliberalen Partei sollte sich eine interfraktionelle Sitzung der vier Parteigruppen schließen. Man sah jedoch davon in der Meinung ab, daß man nunmehr erst doch eine Aeußerung der Reichsregierung darüber erwarten solle, was sie zur Klärung der Lage zu tun gedenke. Die Germania schreibt über das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit:

„Wie wir hören, dürfte die Entschließung zur Friedensfrage unmittelbar an die Vollversammlung des Reichstages gehen und dort zur namentlichen Abstimmung gebracht werden. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß, abgesehen von kurzen Erklärungen einiger Parteien, sich keine große Aussprache an diese Abstimmung anschließen wird.“

•

Ein Protest der Konservativen.

Die Konservativen protestieren. Ihr Hauptorgan, die Kreuzzeitung, bringt, durch den Druck hervorgehoben, folgende Erklärung:

„Es verlautet, daß die Tagesordnung der morgigen Reichstagssitzung, Mittwoch den 11. d. M., deshalb abgeändert, die Kreditvorlage abgesetzt werden soll, weil eine Vereinbarung der Regierung mit der Linken und dem Zentrum über die innerpolitische Neugestaltung noch nicht endgültig erreicht ist. Die konservative Fraktion soll — wie weiter verlautet — beabsichtigen, hiergegen mit der Begründung Einspruch zu erheben, daß die Entscheidung über diese Frage des wichtigsten Verteidigungsmittels unseres Vaterlandes nicht von Vereinbarungen über innerpolitische Verhältnisse abhängig gemacht werden dürfe. In dieser Frage kann nur die eine Notwendigkeit bestehen, dem Vaterlande ohne Gegenleistung das zu geben, dessen es in der Stunde der Not bedarf.“

•

Der Kronrat und die Wahlreform.

Der Kronrat, der vorgestern abend unter dem Vorsitz des Kaisers im Reichskanzlerpalais stattfand, war, so schreibt das B. T., ein historischer Akt von ungewöhnlicher Bedeutung. Die Einladungen waren für acht Uhr ergangen, und der Kronrat dauerte bis kurz vor elf. Anwesend waren außer dem Kaiser und dem Reichskanzler alle Staatssekretäre und alle preußischen Minister. Die Mitteilung eines rechtsliberalen Berliner Blattes, daß auch der preußische Ernährungskommissar Dr. Michaelis und der General Gröner, der Chef des Kriegsamts, am Kronrat teilgenommen hätten, ist unrichtig; diese beiden Herren waren gemeinsam mit Herrn v. Valoeki und den Bundesratsbevollmächtigten Bayerns, Sachsens und Württembergs zu der Abendgesellschaft geladen, die sich an die Beratungen anschloß. Der Kronrat wurde, wie üblich, im Kongreßsaal abgehalten, der Kaiser präsidierte an dem hufeisenförmigen Kongreßtisch und erteilte nacheinander jedem der Teilnehmer das Wort. Es handelte sich ausschließlich um die Wahlrechtsreform, und jeder preußische Minister und jeder Staatssekretär wurde aufgefordert, seine Meinung über diese Frage darzulegen. Die Gegner der sofortigen und vollständigen Reform, die im preußischen Staatsministerium eine starke Partei bilden, entwickelten ihre Gründe, die Anhänger gaben ein Bild der Situation, die eine schnelle Inangriffnahme der Neugestaltung nötig mache. Der Reichskanzler sprach gleichfalls für die sofortige Reform, und es scheint, daß seine Rede sehr eindrucksvoll gewesen ist. Nach dem Kronrat blieben der Kaiser, die Minister, Staatssekretäre und die [illegible] Bundesratsmitglieder noch bis kurz vor Mitternacht im Reichskanzlerpalais, wo der Kaiser — vermutlich die vorgebrachten Gründe und Gegengründe erörternd — [illegible] Herrn v. Bethmann-Hollweg unterhielt.

•

Eine Niederträchtigkeit gegen den Reichskanzler

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Zum [illegible] des Berliner Lokalanzeigers entsprechend, verbreiten heute auch die Berliner Neuesten Nachrichten die Angabe, der Reichskanzler

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170711/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG